

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Ausg. 20 Pf.
Geschäftsschreiber: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Poststelle Dresden Nr. 2486.

Auskündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Auskündigungsteil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Einschluß 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.

Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Geltende Rebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Beihangblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Überleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 154

Mittwoch, 6. Juli

1921

Konferenz der Ernährungsminister

(W. M.) Dresden, 4. Juli. Die nächste Konferenz der Ernährungsminister findet am Freitag, den 8. Juli, in Stuttgart statt. Auf der Tagordnung steht an erster Stelle die Frage der Ausbildungserziehung sowie die Errichtung von Maßnahmen zur Hebung des Verbrauchs mit Ausbildung. Weiterhin wird sich die Konferenz mit der Aufschaltung der Bekämpfungen über den Erlaubniszwang beim Handel mit Lebens- und Dauermittel und über Zeitungsausgaben sowie endlich mit der Industriewirtschaft beschäftigen. Von Sachsen nehmen an der Konferenz teil Minister Zellisch, Ministerialdirektor Dr. v. Höbel, Ministerialrat Fechner, Wenzel.

Förderung des Baus von Landarbeiterwohnungen.

(W. M.) Das Reichskabinett hat eine Erhöhung des dem Reichsminister zur Verfügung stehenden Fonds für Erwerbswohlfahrt um 200 Mill. M. eingesetzt zum Zwecke der Förderung des Baus von Landarbeiterwohnungen vorzusehen. In einem Rundschreiben vom 12. Mai d. J. bestimmt der Reichsminister die Bedingungen, unter denen sich die Bauten auf dem Lande, vor allem die Gutsbezirke, diese Bauten zuwenden können. Neben Dörfern kommen auch Zuschlüsse in Betracht; ihre Höhe soll sich regelmäßig auf den doppelten Betrag der eisparaten Erwerbswohlfahrtshilfe und darüber noch den örtlichen Verhältnissen und nach der Bauweise etwas mehr oder weniger als ein Drittel der Baukosten begrenzen. Als Förderungswürdig erscheinen in erster Linie Bauten mit beschränkter Raumzahl (in der Regel für höchstens 4 Familien), daneben schon vorhandene bauliche Anlagen größerer Umfangs, die besser ausgestaltet werden sollen. Die Bauten sollen möglichst so angelegt sein, daß sie im Betriebsraum später zu Etagenwohnen ausgebaut werden können. Vorläufig dürfen die so erstellten Bauten ausschließlich als Wohnungen einheimischer Landarbeiter verwendet werden. Als Arbeitskräfte für den Bau der Häuser sollen vor allem Erwerbstöchter herangezogen werden. Nur für diese kann der Bauende rechnen, wenn der Wiederaufbau des Landes kommt nicht geschehen, wenn der Wiederaufbau des übrigen nicht gelingt. Die Verbundenheit geht noch weiter. Denn wir müssen uns darüber sein, daß die heutigen Territorien Europas klein sind. Die kleinen europäischen Territorien werden, wenn sie sich ihres Zusammenhangs nicht bewußt sind, nicht imstande sein, die großen technischen Aufgaben der Zukunft zu lösen. Denn die technische Führung liegt da, wo die Größe der Produktion ist. Die Größe der Produktion ist aber bedingt durch die Größe des Konsums. Vor allem aber sind die Länder und Völker dieses Kontinents verbunden durch den blauen Himmel einer Krise, der vom Aufgang bis zum Untergang über ihnen hängt. Viele sind geneigt, die Krise anzusehen als eine

Der Wiederaufbau Europas.

Dr. Rathenau's Vorschläge.

Hamburg, 4. Juli. Der hamburgische Ansichtsfür den Aufbau der Friedenswirtschaft hatte die Vertreter der Presse aus Anlaß der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse zu einem Gesellschaftsabend, an dem die Sparten der Hamburger Behörden und des Hamburger Handels teilnahmen, eingeladen. Außer den Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft nahm der Minister für den Wiederaufbau Dr. Rathenau, der Präsident der Handelskammer Wilh. H. Fürst, Fürst Bülow und der Vorsitzende des Wiederaufbausausschusses teil. Dr. Rathenau hielt eine Ansprache, in der er über die Wiederaufbaufrage u. a. folgendes aussprach: Das Problem des Wiederaufbaus ist nur ein Ausschnitt aus dem großen europäischen Problem, dem Problem, das nicht gelöst werden kann durch Mittel der Politik, das auch nicht gelöst werden kann von Einzelnen, nicht von Regierungen, sondern nur von den Völkern selbst und der Macht der Erkenntnis. Es handelt sich darum, den Kontinent wieder herzustellen. Die Lösung des Problems wird darin bestehen, daß die enge Verbundenheit aller europäischen Nationen erkannt wird, daß erkannt wird die freiwillige oder unfreiwillige Schicksaleinheit eines ganzen Kontinents und daß die Konsequenzen mit Kraft und Nachdruck gezogen werden, welche die Zeit und die Art erfordern. Verloren sind die Länder zunächst durch eine Kette der Verhüllung. Der Generalshuldiger der Welt ist Amerika, der Generalschuldner Deutschland. Aber zwischen ihnen eingeschaltet sind sämtliche Nationen gleichzeitig als Schuldnier und Gläubiger. Weiterhin die Länder verloren durch die Entwertung ihrer Geldmittel. Sodann sind die Staaten untereinander verknüpft durch den Begriff des Wiederaufbaus, dessen alle bedürfen. Verloren sind alle in ihrem Wirtschaftsleben. Diese Verbindung schwächt die Nationen zusammen zu einer Interessen- und Notgemeinschaft. Wenn der Wiederaufbau des einen Landes kommt nicht geschehen, wenn der Wiederaufbau des übrigen nicht gelingt. Die Verbundenheit geht noch weiter. Denn wir müssen uns darüber sein, daß die heutigen Territorien Europas klein sind. Die kleinen europäischen Territorien werden, wenn sie sich ihres Zusammenhangs nicht bewußt sind, nicht imstande sein, die großen technischen Aufgaben der Zukunft zu lösen. Denn die technische Führung liegt da, wo die Größe der Produktion ist. Die Größe der Produktion ist aber bedingt durch die Größe des Konsums. Vor allem aber sind die Länder und Völker dieses Kontinents verbunden durch den blauen Himmel einer Krise, der vom Aufgang bis zum Untergang über ihnen hängt. Viele sind geneigt, die Krise anzusehen als eine

vorübergehende zeitliche Erscheinung, die gemeistert werden könnte durch einfache Mittel, mit denen man früher wirtschaftlichen Schüttierungen begegnete. Im Fettum sind die, die das glauben. Diese Krise ist eine organische Krankheit des lebendenden gesamten wirtschaftlichen Körpers. Es ist nicht zu verhehlen, daß von den Bewohnern dieses Planeten 300 Millionen als Konsumenten ausgehalten sind. Es ist nicht zu verhehlen, daß durch die Geschehnisse die nicht in wenigen Jahren vollzogen werden kann. Wenn wir diese Übersicht von Gebundenheiten vor uns vorüberziehen lassen, so sollten wir glauben, daß keine Minute des europäischen und des Weltfriedens verloren ginge, in der nicht die Sachverständigen und Kenner des Wirtschaftslebens der Welt zusammenkämen, sich begegnen und von sich aus spät beraten, wie diese Krankheit zu heilen ist. Wenig ist jedoch davon zu sehen. Noch immer herrscht der Gedanke, es könne der eine gebieben, wenn der andere verdrückt. Noch immer herrscht der Gedanke der Verhüllungen, der Gedanke der Vergeltung. Wie Deutschen teilen die diese Sehnsucht nach Frieden und dauernden Frieden. Dennoch können wir psychologisch begreifen, daß der Gedanke der Sicherheit heute die Öffentlichkeit außerhalb Deutschlands stärker beeindruckt als der Gedanke wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Die wahre Sicherheit des Weltfriedens aber beruht nicht auf individuellen Grundlagen, sie ruht auf dem Gefühl der Verbundenheit sämtlicher Glieder der Welt zu einem Ganzen. Und der Welt wird dann am sichersten und gefündet sein, wenn die Lebendnotwendigkeiten eines jeden erkannt werden und wenn es niemand mehr gibt, der gegen die Lebendnotwendigkeiten des Kleinsten und größten Volkes in individuellem Streben verkehrt. Wir Deutschen sind verpflichtet, durch unsere Unterschrift und durch die Ehre unseres Namens, den wir unter die Verträge setzten. Wir werden erfüllen, werden bis an die Grenze unseres Königs geben, um die Ehre unseres Namens zu wahren, der als Unterschrift unter den Verträgen steht, deren Verbindlichkeit wir betonen, auch wenn sie nicht unseren Wünschen entsprechen. Das hindert uns nicht, offen davon zu sprechen, daß die Formen, in denen die Erfüllung von uns verlangt wird, nicht dem Kraftgeiste des Landes entsprechen und daß sie unseren deutschen Verhältnissen nicht angepaßt sind.

Das deutsch-chinesische Abkommen.

London, 4. Juli. Die deutsch-chinesischen Vereinbarungen wurden durch die in Peking beurkundete gegenseitige Mündelung des beiderseitig erfolgten Ratifizierungen am 1. d. M. in Kraft gesetzt.

Die Versenkung der "Vancouver Castle".

London, 4. Juli. Wie bereits angekündigt, wurde heute vormittag vor dem Polizeigericht in der Vorstadt ein englischer Zeuge, der sich nicht nach Leipzig zu dem beobachteten Prozeß gegen zwei deutsche Unterseebootoffiziere begeben kann, über die Umstände bei der Versenkung des Hospitalschiffes "Vancouver Castle" vernommen. Der Zeuge, der an Bord des Schiffes Proviantmeister war, sagte aus, das Schiff habe weder Munition noch Militär an Bord gehabt. Es ist nichts ohne Warnung torpediert worden. Die Unterseeboote haben erfolglos versucht, das Rettungsboot, in dem sich der Zeuge befand, in den Grund zu bohren. Später habe man in der Richtung, in der die Unterseeboote sich entfernt haben, Schüsse gehört. Auf Beifragen des Vertreters der deutschen Anklagebehörde erklärte der Zeuge, er wisse nicht, wieviel Boote nach der Torpedierung beschädigt werden konnten.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Athen, 4. Juli. Das offizielle Kommuniqué vom 3. Juli erklärt, daß auf der ganzen kleinasiatischen Front Ruhe herrscht.

Gebt für das Oberschlesierhilfswerk!

Sforzas Nachfolger.

Die Auslandspolitik des neuen italienischen Ministeriums ist von großer Bedeutung für das nächste Schicksal Deutschlands. Als es sich entschied, daß Giolitti nicht wiederkäme, sondern Bonomi den Posten des Kabinetts übernahm, machten die Parteien es zur Bedingung, daß nur ein Mann der diplomatischen Schule die Nachfolge des Grafen Sforza antreten dürfe und daß dieser neue Mann sich dem Willen des Gesamtministeriums und insbesondere des künftigen Ministerpräsidenten unterordnen habe. Marquis della Torretta, der Erwählte, hatte bisher nur Geändertposten und kein selbständiges Staatsamt inne. Er wird, während Giolitti sich seit den Tagen von Rapallo ganz den inneren Fragen widmet und den Grafen Sforza in der Consulta schalten und wollen sich, sich mehr als sein Vorgänger an die politischen Nötzlinien der italienischen Gesamtpolitik halten müssen. Von deutscher Politiken, die von Rom nach den Erfahrungen mit Sforza nichts Gutes mehr erhoffen, wird darauf hingewiesen, daß Bonomi seinerzeit ein entschiedener Interventionist war und heute noch ein ausgesprochener Franzosenfeind ist. Erstes ist richtig, aber eine degradante Zadie. Letzteres hat, wenn es wirklich zutrifft, wenig Bedeutung. Denn Bonomi hat sich an die Parteien zu halten, die ihn jetzt auf den Schild erhaben, und die Parteien wünschen keine Fortsetzung der Politik des Grafen Sforza. Seit dem Zeitpunkt, da Giolitti die Zügel des Auswärtigen schleifen ließ und Sforza die Gesetze Italiens im Ausland allein bearbeitete, sank der Kreidit des Landes im Kongress der Mächte. Nun hatte es zuletzt auf der großen Verbandskonferenz in San Remo, verstanden, die italienischen Stimme im Obersten Rat der Verbündeten Gewicht zu verleihen, Sforza aber wußte dies kostbare Gut nicht zu wahren. Er wußte nicht mit dem italienischen Flunde, und in dem Bestreben, alle zufrieden zu stellen, bei keinen anzutreten und dabei doch seine deutlichen Sympathien für Frankreich bestärken, erreichte er nur eine zunehmende Mindestung des italienischen Anteiles. Das war ja in Spaa, in London und in Paris. Mehr und mehr geriet Italien ins Schleppen der geistigen Strategie vom Duat d'Orsay. In Deutschland wird man des gefährlichen Spiels sehr gewußt und hat zuletzt noch gegen Sforzas Übersehungsprojekte klare Stellung genommen. Aber auch in Italien selbst häufigte der Jähnisch. Keine einzige Deputation im Parlament lehnte der Consulta in letzter Zeit mehr Gefolgschaft. Es war schon nicht mehr sichtliche Ablösung, sondern persönlicher Haß, der sich in der jüngsten Zeit in immer höherem Maße von links und von rechts her gegen den Grafen Sforza aufgehoben hat. Auf diesem Widerwillen gegen ihn ist die Koalition von Faschisten und Sozialisten entstanden, die das Schicksal des Kabinetts entschieden hat. Sforzas Schicksal war schon eine ganze Weile voranzuschließen. Denn je länger er amtierte, je mehr galt er von den Rücklinien, die die Interessen bei der neuen internationalen Lage vorzutragen, hinab in das Getriebe eines Zukums, das er sich selber zurechlegebat, das und durchführte nach den Methoden der alten Geheimdiplomatie. Das tat er mit dem Erfolge, daß er aus ihrem Subjekt ihr Objekt, aus dem, der heimlich in die Zügel greifen wollte, der Geführte, aus dem Beutejäger der Ausgebüttete wurde. Denn der niedere Sinn der Vorgänge ist doch der, daß die fortwährend zunehmenden Interessen und Fähigkeiten, zu denen er sich im französischen Schleppen bereit fanden mußte, die italienische Politik in eine zugleich antideutsche und antifranzösische Richtung getrieben haben. Das aber widerspricht den dauernden und höheren Interessen des Landes, den politischen und den wirtschaftlichen, und gefährdet geradezu seine Zukunft. Braucht man einen Kronzeugen für diese Aussicht? Alle Welt sieht, nicht nur in Italien und selbstverständlich auch in Deutschland, den Grafen Sforza ohne Bedenken scheiden, und in London schlägt man ihm einen Seeliger der Gr

Die neuen Steuern.

Berlin, 5. Juli. Der Reichskanzler wird morgen oder übermorgen nicht nur im Reichsversammlungsrat, sondern auch vor dem Reichstage das neue Steuerprogramm der Reichsregierung in einer großen Rede entrollen. Die Finanzminister der Länder sind gestern in Berlin zu einer Beratung des neuen Steuerprogramms zusammengetreten. Sie haben die Überzeugung ausgedrückt, daß es nötig sei, die kommenden Steuergesetze durch ein Rahmengesetz zu verstehen, um die Abrechnung einiger Steuern durch wechselnde Mehrheiten unmöglich zu machen.

Das englisch-japanische Bündnis.

London, 4. Juli. Nach einer Meldung aus Wladivostok erklärte der japanische Botschafter: Der Gedanke, daß englisch-japanische Bündnis sei als ein Instrument der Feindseligkeiten oder auch nur der Verstärkung gegen die Vereinigten Staaten von Amerika geplant gewesen, sei unhaltbar. Japan wünsche, daß Band der Freundschaft und des loyalen Zusammenwunsens mit Großbritannien zu verstetzen, sei aber gleichzeitig entschlossen, nichts geschehen zu lassen, was die traditionellen Beziehungen und das gute Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten fördern könnte.

Die Verhandlungen zwischen den irischen und den Unionistenführern.

London, 4. Juli. Im Dubliner Rathaus, auf dem die amerikanische Flagge wehte, wurden heute vormittag die Verhandlungen zwischen den irischen Führern de Valera und Griffith mit den vier Unionistenführern eröffnet. Dem "Star" folgte die Konferenz nach 3½ stündiger Verhandlung bis Freitag vormittag vertrag.

London, 5. Juli. Gestern nachmittag wurde von der Nachthilfabelegschaft des Sinn Féin-parlaments ein Bericht herausgegeben, in dem es heißt: Eine nichtoffizielle Konferenz, die von de Valera einberufen worden war, wurde heute im Hause des Bürgermeisters abgehalten. Es handelt sich um eine Meinungsaustausch statt aber die durch den Vorschlag des Premierministers geschaffene Lage. Es wurden gewisse Abmachungen erzielt, die Formen, in denen die Erfüllung von uns verlangt wird, nicht dem Kraftgeiste des Landes entsprechen und daß sie unseren deutschen Verhältnissen nicht angepaßt sind.

Eine Verschwörung in Wladivostok.

London, 4. Juli. Reuter meldet aus Wladivostok vom 2. d. M.: Die vorläufige Regierung in Wladivostok hat eine Verschwörung des Generals Semenow entdeckt. Eine Anzahl seiner Anhänger soll verhaftet worden sein. General Semenow sei von Gredows nach Charkow geflohen. Seine Streitkräfte sollen sich auflösen.